

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Deutschland - Jugoslawien in Stichworten Eine interessante Entwicklung Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	101
2a	Nach dem Eklat von Mainz Von Alfred Adam Stellvertretender Sprecher des Vorstandes der SPD	40
3 - 4	Sorge und Enttäuschung Nach der Tagung der Westeuropäischen Union Von Egon C. Heinrich	92

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

"Entspricht nicht der Politik der SPD"  
Wohner: "Als Nation Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht"  
Rehs: "Die innenpolitischen Realitäten nicht außer Acht lassen"  
Die Interessenlage verändern  
Um wieder Deutsche unter Deutschen zu sein  
Verwaltungsrat der Lastenausgleichsbank

\* \* \*

Bitte beachten Sie die neue Anschrift:  
53 Bonn 9, Messallee 2-10, Pressehaus J

## Deutschland - Jugoslawien in Stichworten

---

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Nach Kriegsende: Durch den Krieg, der von Hitler-Deutschland über Jugoslawien gebracht worden war, haben 1,7 Mio. Menschen, darunter 305 000 Militärpersonen, ihr Leben verloren. Das entspricht 10,8 Prozent der Vorkriegsbevölkerung Jugoslawiens. Weitere 425 000 müssen mit Verwundungen an den Aufbau des auch wirtschaftlich paralysierten Landes gehen. Die materiellen Schäden belaufen sich auf einen Wert von über 9 Mrd. Dollar. 170 000 Kriegsgefangene, 320 000 Internierte, 530 000 Zwangsumsiedler und 320 000 Zwangsrekrutierte - das sind die Menschen, die im Lande wieder Ordnung schaffen mußten. Insgesamt haben über 3,7 Mio. Jugoslawen durch den Krieg direkte Schäden an Leib und Leben erlitten. 23 Prozent der Bevölkerung schon vor dem Kriege. Von deutsch-jugoslawischen Beziehungen ist in gutem Sinne keine Rede.

1948: Tito bricht mit Moskau. Auch Ulbrichts SED, in deren Herrschaftsbereich eine jugoslawische Militärmission residiert, zieht gegen den "Titoismus" zu Felde.

1949: Die SED säubert ihre Reihen von "Titoisten". Nach mehrwöchiger Belagerung wird die jugoslawische Militärmission in Berlin-Niederschönhausen zum Umzug in den britischen Sektor gezwungen. Die Zonenbehörden bezeichnen die Ausweisung als "Akt der deutschen Souveränität".

1951: In Westdeutschland spaltet sich von der KPD ein mit Tito sympathisierender Flügel ab, der sich als "Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands" bezeichnet. Ebenfalls 1951 werden zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen Föderativen Volksrepublik Jugoslawien erste diplomatische Beziehungen angeknüpft. Eine in Belgrad errichtete deutsche Wirtschaftsvertretung wird sehr schnell in den Rang einer Mission erhoben.

1952: Die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien nehmen diplomatische Beziehungen auf und unterzeichnen ein Handelsabkommen; das erste und vorläufig auch letzte nach dem Kriege.

1953: An die Spitze der deutschen Botschaft in Belgrad tritt der spätere Moskauer-Botschafter Hans Kropp; schnell gewinnt er bei den ehemaligen Kriegsgegnern ein beachtliches Ansehen.

1955: Kropp wird durch den liberalen Politiker Pfeleiderer ersetzt. Pfeleiderers Absicht, dort anzuknüpfen, wo Kropp seine Arbeit abgebrochen hatte, wird jedoch durch eine Wandlung der Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau durchkreuzt. Eine sowjetische Partei- und Regierungsdelegation tut in Belgrad Abbitte.

1956: Marschall Tito reist nach Moskau und erhält dafür ein sowjetisches Versprechen auf 1,2 Mrd. DM Kredit, von denen die DDR 700 Mio. tragen soll.

1957: Tito nimmt diplomatische Beziehungen zu Ostberlin auf; Bonn bricht die Beziehungen zu Belgrad ab. Doch das neue Verhältnis zu Ulbricht entwickelt sich nicht wie in Ostberlin vorgesehen.

1958: Tito weigert sich, an einer von Moskau einberufenen Konferenz der kommunistischen Parteien teilzunehmen und stellt den Sowjets ein vollkommen entgegengesetztes eigenes Parteiprogramm

entgegen. Gromyko kündigt den zugesagten sowjetisch-ostdeutschen Kredit bzw. stellt seine Verwirklichung erst für einen Zeitraum nach fünf Jahren in Aussicht.

1959/60: Tito steht wieder im Zentrum der Kritik der kommunistischen Länder. Trotz bestehender kultureller Absprachen mit Ostberlin stampfen Ulbrichts Behörden jugoslawische Druckerzeugnisse ein. Kunstausstellungen Jugoslawiens werden in der DDR boykottiert, der Touristenverkehr abgewürgt, da sich Jugoslawien weigert, Flüchtlinge an die Ulbricht-Botschaft auszuliefern.

1961: Durch die widerrechtliche Verhaftung eines ehemaligen Partisanen in der Bundesrepublik, dem die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl aus dem Jahre 1941, vorhält, sinkt auch das Belgrader Verhältnis zu Bonn auf den Gefrierpunkt; die DDR nutzt den schnell wieder bereinigten Zwischenfall zu einer scharfen Hetze gegen die Bundesrepublik aus.

1962: Inzwischen ist der chinesisch-sowjetische Konflikt Gegenstand des Hauptinteresses der kommunistischen Länder geworden. Chruschtschow macht in Sofia einen ersten Versuch, Tito wieder zu rehabilitieren: Jugoslawien sei doch ein sozialistisches Land. Tito wird nach Moskau eingeladen und erhält die seltene Gelegenheit, als Ausländer vor dem Obersten Sowjet zu reden.

1964: Die Zone schließt mit Jugoslawien ein Konsularabkommen, Tito kündigt eine Reise nach Ostberlin an. Um diese Entwicklung abzubremsen, schließt die Bundesrepublik mit Jugoslawien ein Zusatzabkommen zum Handelsvertrag ab, das Schuldenstundung vorsieht und beide Seiten verpflichtet, nicht gegen die Interessen des anderen zu verstoßen. Tito hält sich während der Belgrader Neutralistenkonferenz an diese Zusage.

1965: Tito fährt nach Ostberlin, ohne sich allerdings vollkommen mit den Ansichten Ulbrichts zu den wichtigsten Fragen der Deutschland-, Berlin- und Europa-Politik zu identifizieren.

1966: Ulbricht besucht Jugoslawien und erreicht die Erhöhung der Zonen-Gesandtschaft in eine Botschaft. Aber das gleichzeitig abgeschlossene Handelsabkommen erreicht schon im ersten Jahr seiner Geltung nur 70 Prozent der vorgesehenen Steigerung des beidseitigen Warenverkehrs.

1967: Die Rechte der deutschen Vertretung in Belgrad und der Jugoslawiens in Bonn werden erweitert; außerdem wird der Rang des deutschen Konsulats in Zagreb erhöht. Bonn bietet den Jugoslawen Gespräche über die schwebende Gastarbeiterfrage und ein neues Handelsabkommen an. Jugoslawien erklärt sich bedingungslos zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik bereit. Auch die Zone erhält in Zagreb ein Generalkonsulat, aber selbst ein nochmaliger Besuch Ulbrichts bei Tito kann diesen nicht daran hindern, seine Politik fortzusetzen, die kurz auf folgenden Nenner gebracht werden kann:

Das Verhältnis Bonn-Ostberlin und Bonn-Warschau sind keine Probleme für die weitere Entwicklung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses. Auch jugoslawische Forderungen nach weiteren Reparations- und Entschädigungsleistungen sollen erst dann wieder mit der Bundesregierung diskutiert werden, wenn durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad ein besseres politisches Klima geschaffen worden ist.

Nach dem Eklat von Mainz

Von Alfred Adam

Stellvertretender Sprecher des Vorstandes der SPD

Die Jungsozialisten sind zu Schlagzeilen gekommen. Nicht weil sie etwas geleistet haben, vielmehr weil sie sich etwas geleistet haben - den mit einem Eklat zu Ende gegangenen Bundeskongreß in Mainz. In der Deutschlandpolitik haben sich Meinungen zur Anerkennung des anderen Teil Deutschlands als zweiten deutschen Staat gebildet, die in offenem Gegensatz zu sozialdemokratischer Politik stehen, wie sie auf den Parteitagen als dem obersten Organ der SPD festgelegt worden sind.

Wir wollen hier nicht einer Knebelung der innerparteilichen Demokratie das Wort reden. Dazu sind wir vielzusehr verpflichtet auf den demokratischen Sozialismus und stolz auf seine Geschichte. Wir erlauben uns aber, einigen Jungsozialisten einiges ins Gedächtnis zurückzurufen: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat ihre jungen Mitglieder stets als Avantgarde des politischen Wirkens und Willens betrachtet. Dabei soll es auch bleiben, wenn diese Vorhut sich von der Truppe nicht zu weit entfernt, ja die Verbindung sogar zu kappen versucht. Dieses setzen wir nicht mit dem Gedanken einer Trennung gleich, sondern es soll als freundschaftliche Mahnung verstanden werden: Wer sich zu weit vorwagt, rennt sehr leicht ins Sperrfeuer des politischen Gegners, das unbarmherzig von vorne und hinten, von links und rechts die "Garde" verbluten läßt. Mit toten Gardisten aber ist der Partei nicht gedient! Der Partei ist auch nicht mit Gardisten gedient, die keine Sachdiskussion sondern Diskussion mit Emotionen führen, wie es im Gegensatz zu einigen Arbeitsgemeinschaften vor allem im Plenum des Kongresses der Fall war.

So bedauerlich der Abbruch des Kongresses ist, wir sind überzeugt, daß sich die Möglichkeit bietet einiges zu überdenken. Wir hoffen dabei auf den mit überzeugender Mehrheit gewählten neuen Bundesvorsitzenden Peter Corterier. Er hat sich auf dem Kongreß vor seiner Wahl unmißverständlich gegen jede völkerrechtliche Anerkennung des anderen Teil Deutschlands ausgesprochen. Eine Korrektur erscheint uns umso mehr notwendig, als zum Zeitpunkt der Abstimmung über die Entschlieûung zur Deutschlandpolitik mehr als ein Drittel der Delegierten aus verkehrstechnischen Gründen bereits den Kongreß verlassen hatten. Damit ist das Abstimmungsergebnis nicht repräsentativ für die 170000 Jungsozialisten in der SPD.

+ + +

### Sorge und Enttäuschung

---

Nach der Tagung der Westeuropäischen Union

Von Egon C. Heinrich

Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Wochen haben jetzt europäische Parlamentarier ihre tiefe Sorge und Enttäuschung über die Europapolitik nach der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten de Gaulle vom 27. November 1967 zum Ausdruck gebracht. Noch eindeutiger als das Europäische Parlament Ende November in Straßburg erteilte die Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) in Paris jetzt der de Gaulle'schen Veto-Politik des Klein-Europas mit überwältigender Mehrheit eine klare Absage. Der WEU-Versammlung gehören 89 Parlamentarier und ebensoviele Stellvertreter aus den sechs EWG-Ländern und Großbritannien an. Darin ist ein großer politischer Vorzug zu sehen, ermöglicht die WEU-Versammlung doch den Dialog mit den britischen Abgeordneten und damit einen parlamentarischen Brückenschlag zwischen dem Europa der Sechs und der Sieben. Ein Zusammenschluß der beiden Wirtschaftsblocke EWG und EFTA gehört denn auch zu den traditionellen und obersten Zielen der WEU.

Die Versammlung in Paris erlebte wohl die brisanteste und dramatischste Sitzungswoche in ihrer dreizehnjährigen Geschichte. Dies lag nicht nur an dem Zeitpunkt zwischen der Pressekonferenz de Gaulles und der entscheidenden Sitzung des EWG-Ministerrats am 18. und 19. Dezember. Vielmehr kann nach der Pariser Tagung auch von einer gewissen Renaissance des europäischen Parlamentarismus gesprochen werden. Mit Ausnahme der Gaullisten sprachen die Abgeordneten in Paris ohne allzugroße Rücksicht auf ihre nationale Regierung oder Diplomatie. Die von den Vorsitzenden der christlich-demokratischen, der sozialistischen und der liberalen Fraktion der WEU-Versammlung am Vortage der England-Debatte veröffentlichte "Erklärung von Paris" wurde zur politischen Sensation. In der Versammlung führte sie zu einem erregten Wortwechsel zwischen dem Vorsitzenden der christlichdemokratischen Fraktion, de la Vallée-Poussin und dem Gaullisten de Grailly. Sicherlich hatten auch die ironischen Äußerungen des Christdemokraten über de Gaulle zu der übertriebenen Spannung und der gereizten Atmosphäre beigetragen.

Die Erklärung von Paris, die auf eine Initiative des Leiters der deutschen WEU-Delegation und SPD-Bundestagabgeordneten Dr. Klaus Peter Schulz zurückgeht, kritisiert die "vorweggenommenen Urteile" de Gaulles, dessen Verfahrensweise in keinem Falle den Bestimmungen der Römischen Verträge entspreche. Sie fordert den EWG-Ministerrat am 18. und 19. Dezember unverzüglich Verhandlungen mit Großbritannien nach Art. 237 des EWG-Vertrages zu eröffnen. Die Fünf sollen eine gemeinsame Front für die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien bilden, dessen Beitritt der Meinung der Überwältigenden Mehrheit der Völker Europas entspreche. Nur die Annahme der Römischen Verträge werde die Schaffung eines Europas ermöglichen, das seine Unabhängigkeit gegenüber den Supermächten aufrechterhalten könne. Im europäischen Parlamentarismus ist es bisher wohl ein einmaliger Vorgang, daß drei supranationale

Fraktionen so einmütig die gleiche Haltung einnehmen.

Mit der Pariser Erklärung waren die Fronten für die England-Debatte abgesteckt, die auf einem Bericht des niederländischen Sozialisten van der Stoep basierte. Neben den bekannten Argumenten für und wider den Beitritt wurde auch manch neuer Aspekt aufgezeigt. So sprachen etwa die Briten davon, daß bei ihnen der Ruf und die Suche nach Alternativen mit Sicherheit bald intensiver würde, sofern der Beitritt nicht zustande kommt. Auch werde sich das britische Volk bei weiteren Demütigungen vielleicht gegen die europäische Integrationspolitik wenden. Für England gibt es jedoch auf die Dauer keine echte Alternative zur EWG-Vollmitgliedschaft. Der britische Unterstaatssekretär im Außenministerium, Rodgers, bezeichnete unter Anspielung auf eine Äußerung de Gaulles Frankreich als die "monumentale Ausnahme" in Europa. Dies gelte für die Außen-, Verteidigungs- und Währungspolitik. Der Staatssekretär lehnte ebenso wie der niederländische Außenminister Luns Übergangs- und Zwischenlösungen, auch in Form einer Assoziation, entschieden ab. Beide halten im Falle Großbritanniens nur den vollen Beitritt unter Beteiligung an den EWG-Entscheidungen für möglich.

Der holländische Außenminister, einer der eifrigsten Verfechter der EWG-Erweiterung und Gegner de Gaulles in der Europapolitik, redete zwar nicht ganz mit der erwarteten Schärfe. Er liess aber keinen Zweifel an den ernsten Folgen, die sich durch die Ablehnung von Beitrittsverhandlungen ergeben könnten. Die Gemeinschaft werde davon keineswegs unberührt bleiben. Luns schlug eine enge Zusammenarbeit derjenigen Staaten vor, die für eine Erweiterung des gemeinsamen Marktes eintreten. Er ist offenbar bestrebt, eine EWG-Krise zu vermeiden.

Die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Georg Kahn-Ackermann und Dr. Klaus-Peter Schulz plädierten für einen Akt der politischen Solidarität der Fünf gegenüber Großbritannien. Unter Ausklammerung ihrer EWG-Verpflichtungen sollen die fünf Staaten Verhandlungen mit London über die Gründung einer politischen Föderation aufnehmen. Dieser Zusammenschluß solle auch die Bereiche der Wissenschaft und Technologie umfassen. Ein solcher Plan wäre eine Alternative zur Politik de Gaulles, der dann prüfen müßte, ob er sich eine weitere Isolierung in Europa auf die Dauer leisten kann.

Die gaullistischen Abgeordneten, zahlenmäßig eine kleine Minderheit, hatten den Beitrittsbefürwortern wenig an sachlichen politischen Argumenten entgegenzusetzen. Sie warfen London vor, es wolle einen Keil zwischen die EWG-Länder treiben. Das einzig wirklich greifbare Ergebnis des englischen Beitrittsantrages sei bisher eine starke Spannung unter den Sechs.

Zum Abschluß nahm die Versammlung mit 43 gegen sieben gaullistischen Stimmen eine Empfehlung an, in der die sechs EWG-Regierungen aufgefordert werden, dem sofortigen Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien zuzustimmen. Damit haben die europäischen Parlamentarier ein eindeutiges Votum abgegeben. Nun liegt es primär bei den sechs Regierungen der EWG, am 18. und 19. Dezember 1967 den Willen der europäischen Völker zu erfüllen.